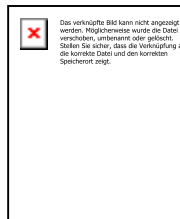


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 06.03.2018 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Winand Jansen

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr René Haase
Herr Detlev von der Heide
Herr Detlef Klucke
Herr Olaf Manthey
Herr Jörg Niendorf
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Hartmut Rex
Herr Michael Wolny

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

Entschuldigt fehlten:

Sachkundige Einwohner

Herr Peter Wetzel
Herr Klaus Wigandt

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete und Leiterin D III
Herr Siegmund Trebschuh, stellv. Leiter des D IV/Wirtschaftsförderungsbeauftragter und Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Herr Jean Kammer, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung

Frau Grit Seidel, Sachbearbeiterin Regionalplanung/Siedlungsentwicklung
Frau Ilka Leistner, Leiterin des Hauptamtes
Frau Anett Thätner, Leiterin des Kataster- und Vermessungsamtes
Herr Hubert Grosenick, Leiter des Straßenverkehrsamtes
Frau Susann Bertelmann, Sachgebietsleiterin Fahrerlaubnis-/Fahrschulwesen
Frau Dr. Mohr de Pérez, untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde; SGLin Denkmalschutz

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2018
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Beschlusskontrolle der in den vergangenen Ausschüssen vorgenommenen Festlegungen
- 7 Informationsvorlagen
- 7.1 Aktueller Stand des Maßnahmenplanes der AG Klimaschutz - Fortschreibung des kreislichen Energiespar- und Klimaschutzprogramms von 2015 5-3422/18-III
- 8 Erarbeitung eines integrierten, nachhaltigen Mobilitäts- und Verkehrskonzeptes - Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming an dem "Gemeinsamen Strukturkonzept Flughafenregion 2030" (GSK)
- 9 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) - Beteiligungsverfahren zum 2. Entwurf
- 10 Aktuelle Bodenrichtwerte für den Landkreis Teltow-Fläming - Bericht aus dem Gutachterausschuss
- 11 Information zu kreislichen Baumaßnahmen - aktueller Stand
- 12 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen begrüßt die Teilnehmer wegen Überschneidung der Sitzungen an diesem Abend im Kreistagssaal.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwendungen gegen die Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2018

Die Niederschrift wird bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Alle wichtigen Mitteilungen wurden in der Kreistagssitzung besprochen, die erst in der vergangenen Woche stattfand. Alle weiteren Themen vermitteln sich über die Vorlagen in diesem Ausschuss.

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Rettungswache

Herr Niendorf erkundigt sich nach der Planung für die Rettungswache, ob diese im Gewerbegebiet in Hohenseefeld gebaut wird. In der MAZ stand, dass die Rettungswache in Heinsdorf errichtet werden soll.

Frau Wehlan antwortet, dass im Rahmen der Petition zum Erhalt der Rettungswache in Petkus das Thema Neubau einer Rettungswache in Niebendorf/Heinsdorf bearbeitet und abgearbeitet wurde. Der Kreistag wurde darüber informiert, dass alle in der Region in der Verantwortung stehenden Bürgermeister den Herangehensweisen der Verwaltung folgen konnten. So wurde das Rettungswachensystem für den südlichen Raum nochmals überarbeitet. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Zeiten bis zur Versorgung für die gesamte Region einhalten zu können, muss die neue Rettungswache in Niebendorf/Heinsdorf gebaut werden. Damit sind auch die Belange der Petkuser berücksichtigt, deren alte Wache geschlossen wird. Nach Beschlussfassung im Kreistag wurde die Wirtschaftsplanung für den Rettungsdienst erstellt. Die benötigten Grundstücke werden angekauft. In Vorbereitung des Kreisausschusses tagte gestern Abend dazu der HFA.

Abstufung von Kreisstraßen

Herr Rex fragt nach vertraglichen Abschlüssen für die Abstufung der Kreisstraße 7237 in Richtung Klein Kienitz. Diese Straße muss vorher instandgesetzt werden, um zukünftigen Aufgaben gerecht zu werden. Im Haushalt sind nach Meinung von Herrn Rex dafür keine Mittel eingestellt. Wie soll gesichert werden, dass mit der Übernahmen der Straße durch die Gemeinde der Ausbau und die Tragfähigkeit und dergleichen gewährleistet sind, ohne dass die Gemeinde dafür Gelder ausgeben muss?

Frau Leistner informiert, dass dafür Aufwendungen im Haushalt eingestellt sind. Diese sind im Gesamtpaket für die Sanierung aller Kreisstraßen enthalten, daher ist keine einzelne Straße explizit aufgeführt. Vor der Abstufung wird der Kreis diese Straße so herrichten, dass die Gemeinde Rangsdorf diese übernehmen kann.

Herr Jansen merkt an, dass dies ein Grundsatzbeschluss des AfRB ist, dass die herabgestuften Straßen (ob von Landesstraße zur Kreisstraße oder von Kreisstraße zur Gemeindestraße) ordnungsgemäß übergeben werden.

Auf die Frage von **Herrn Rex**, ob dies auch für die Regulierung der Grundstücke gilt, antwortet **Frau Leistner**, dass die Kreisverwaltung dazu mit der Gemeinde im Gespräch ist. Zu den 2 oder 3 Grundstücken, die noch nicht bereinigt sind, ist die Verwaltung auch mit den Eigentümern in Verhandlung und der Sachverhalt wird vor Abstufung geklärt. Dies steht in der Abstufungsvereinbarung, die mit der Gemeinde ausgehandelt ist.

Spedition in Heinersdorf

Zur Anfrage von Herrn Steinhausen bezüglich der Spedition Kliese in Heinersdorf fragt **Frau Dr. Pacholik** erneut nach, ob der Umzug ins GVZ geplant ist. Bisher gibt es keine Aktivitäten.

Frau Wehlan klärt den Sachverhalt mit dem verantwortlichen Fachamt und die Frage wird im nächsten AfRB beantwortet.

Als untere Wasserbehörde ist das Umweltamt zum Teil von der Problematik mit berührt, da es bei Tankstellen um den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen geht und **Herr Dr. Fechner** weiß, dass dafür noch nicht alle Auflagen erfüllt wurden. Entsprechende Anordnungen wurden getroffen.

Autolackiererei in Großbeeren

Herr Wolny fragt, auch bezugnehmend auf eine Anfrage von Herrn Steinhausen, ob es für die Autolackiererei in Großbeeren eine gültige Baugenehmigung gibt.

Da es zu diesem Sachverhalt verschiedene Antragsverfahren gab, erkundigt sich Frau Biesterfeld dazu im Fachamt. In der nächsten AfRB-Sitzung erfolgt die Beantwortung.

Parkproblem Kreishaus

Herr von der Heide erinnert an die Diskussion zum Parkhausproblem um das Kreishaus, zu dem es noch eine Antwort zur Problemlösung geben sollte.

Frau Wehlan antwortet, dass Recherche erfolgte, eine Lösung aber noch nicht abschließend genannt werden kann, da verschiedene Sachverhalte geprüft werden, die alle in der letzten AfRB-Sitzung aufgeführt wurden. Vom Rewe-Markt-Betreiber gibt es ein neueres Angebot für die Parkhausnutzung. Da ein Gewerbebetrieb besonderen umsatzsteuerrechtlichen Sachverhalten unterliegt, muss natürlich auch das Angebot entsprechend geprüft werden.

TOP 6

Beschlusskontrolle der in den vergangenen Ausschüssen vorgenommenen Festlegungen

Über die Parkproblematik wurde eben schon gesprochen und der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) steht für heute auf der Tagesordnung, weitere Themen gibt es nicht.

TOP 7

Informationsvorlagen

TOP 7.1

Aktueller Stand des Maßnahmenplanes der AG Klimaschutz - Fortschreibung des kreislichen Energiespar- und Klimaschutzprogramms von 2015 (5-3422/18-III)

Herr Dr. Fechner erläutert, dass es um eine Fortschreibung des Energiespar- und Klimaschutzprogramms geht, wie es im Kreistag schon beschlossen und einmal fortgeschrieben

wurde. Mit der Informationsvorlage wird der aktuelle Stand verdeutlicht und künftige Maßnahmen werden vorgestellt, die diskutiert werden können. Das was als Maßnahmenplan in den nächsten Jahren bearbeitet werden soll, wird danach gesondert als Beschlussvorlage für den Kreistag vorgelegt.

Herr Bleschke stellt den Entwurf des aktuellen Maßnahmenplans der AG Klimaschutz vor. Diese Arbeitsgruppe tagt seit 2010 in der Verwaltung und stimmt sich intern über die Klimaschutzmaßnahmen der Kreisverwaltung ab. Seit 2008 gibt es im Landkreis TF das Energie- und Klimaschutzprogramm. Dieses wurde 2010 und 2015 fortgeschrieben und soll gemäß dem Auftrag von damals weiter fortgeschrieben werden. Es entspricht dem Leitbild des Landkreises und den Pariser Klimaschutzzielen, den EU-weiten Zielen und auch den Brandenburger Klimaschutzzielen. Ziel ist die Reduzierung von Treibhausgasemissionen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Somit sind die beiden großen Themen Energie sparen und das Klima zu schützen. Zielgruppen dieser Maßnahmen sind zum einen landkreiseigene Beschäftigte und Liegenschaften, zum anderen die kreisangehörigen Kommunalverwaltungen. Jede Kommune entscheidet für sich. Der Kreis ist unterstützend tätig. Weitere Zielgruppen sind Bürger, Schüler, private Energieverbraucher aber auch Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Untergliedert sind die Maßnahmen in begonnene, laufende und ausstehende Maßnahmen. Mit Unterstützung aus dem politischen Raum konnte sehr viel umgesetzt werden. Neue Maßnahmen werden angestrebt. Der vorhandene Maßnahmenplan als Fortschreibung des Energie- und Klimaschutzprogramms bildet nur den großen Rahmen. Sollten einzelne Maßnahmen mit zusätzlichem personellen oder finanziellen und technischen Aufwand verbunden sein, müssen diese durch weitere Gremienbeschlüsse gefasst werden.

Herr Bleschke präsentiert die wichtigsten Schwerpunkte, erläutert die laufenden Maßnahmen und stellt die angedachten Projekte vor. Anregungen der Sitzungsteilnehmer nimmt er gern entgegen. Die Präsentation wird den Teilnehmern zur Verfügung gestellt.

Herr Jansen bedankt sich für den ausführlichen Beitrag.

Nach Meinung von **Herrn von der Heide** wird zu viel beraten, besprochen, informiert. Es werden im zu wenige Maßnahmen konkret umgesetzt, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Zum Beispiel ist die Reduzierung des CO₂-Verbrauches nicht in Zahlen gefasst und es kann nicht abgelesen werden, wie groß der Beitrag des Landkreises ist, um den Klimaschutzzielen näherzukommen. Die Frage ist, ob das Thema CO₂-Einsparung durch Nutzung erneuerbarer Energien nicht weiter verfolgt wird. Auch der Beitrag des Landkreises zur E-Mobilität in den nächsten Jahren ist nicht ersichtlich.

Herr Bleschke antwortet, dass die Kommunalverwaltungen in Deutschland ca. 2 % der Liegenschaften besitzen und ca. 2 % des Energieverbrauches generieren für Verkehr, Heizung, Strom und andere Medienträger. Da Klimaschutz noch keine gesetzlich verpflichtende Aufgabe ist, kann der Landkreis nur für seine eigenen Liegenschaften aktiv werden. So können Energiesparprojekte in kreiseigenen Schulen und die Senkung des Energiebedarfs im Kreishauses durchgeführt werden. Leuchten werden ausgetauscht und Heizungen ertüchtigt. Die Einsparungen sind im Jahresbericht der Klimaschutzkoodinierungsstelle von der Landrätin nachzulesen. Die Verwaltung hat kein Recht/keine Ermächtigung den Kommunen oder den Bürgern Energiesparmaßnahmen vorzuschreiben. Die Anschaffung von E-Autos wird aktuell in der Verwaltung geprüft.

Die Kreisverwaltung kann nur sensibilisieren, multiplizieren und dazu beitragen, dass auch andere Träger, wie Wirtschaft, Bürger, Wissenschaft und die Kommunalverwaltung erkennen, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Solange es kein bundesdeutsches Klimaschutzgesetz als solches gibt, sind alles freiwillige Aufgaben.

Herr Jansen bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen die Einsparmaßnahmen im Vergleich von z. B. 2010 zu 2017 aufzuführen. Auch das in Teilbereichen vorliegende Mobilitätskonzept sollte in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

Herr Wolny lobt das Erstellen der Informationsvorlage und spricht sich für die Koordination mit den Nachbarkreisen aus. Die Führungsposition bei der Ausleihe von Wärmebildkameras, Strommessgeräten u. a. sollte weiter unterstützt werden.

Herr Wolny fragt, wie regelmäßig der Austausch im Gremium RegioTwin stattfand. Auch interessiert ihn der aktuelle Stand der Schallschutzbeantragung für die Betroffenen des Flughafens (entsprechende Lüfter mit Wärmerückgewinnung sollten eingebaut werden). Die FBB GmbH hat das Problem bisher noch nicht gelöst. Es wird angestrebt, den Nachtschutz in Schlaf- und Kinderzimmern durchzusetzen.

Herr Bleschke antwortet auf die erste Frage, dass das RegioTwin-Projekt vom Bund gefördert wurde. Der Landkreis TF war einer von 20 Landkreisen, Gießen war unser Partner-LK. Es gab einen regen Austausch zu den begonnenen Maßnahmen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit wird weitergeführt. Vom Restgeld der Fördermittel wurde ein Solarkocher für die Schulen angeschafft.

Die Problematik der Lüfter-Technik wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen thematisiert.

TOP 8

Erarbeitung eines integrierten, nachhaltigen Mobilitäts- und Verkehrskonzeptes - Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming an dem "Gemeinsamen Strukturkonzept Flughafenregion 2030" (GSK)

Die an die AfRB-Teilnehmer zum Thema versandte Vorlage ist bereits im Wirtschaftsausschuss und im Kreistag so verabschiedet worden. In der letzten Ausschusssitzung hat Frau Wehlan dazu ausführlich Stellung genommen. Dieses Konzept ist unter Einbeziehung des Nachbarlandkreises und der Flughafenregion entstanden.

Herr Manthey macht darauf aufmerksam, dass mit den Unterlagen die alte Vorlage versandt wurde. **Frau Wehlan** erläutert die Änderungen und nochmals den Inhalt der neuen Vorlage.

TOP 9

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) - Beteiligungsverfahren zum 2. Entwurf

Herr Jansen teilt mit, dass der LEP HR in den Kommunen und in der Kreisverwaltung ausliegt. Der Landkreis wird eine Stellungnahme abgeben und Herr Kammer, SGL Kreisentwicklung, wird die Entwicklung und Änderungen im 2. Entwurf des LEP HR erläutern. Auch in der nächsten Sitzung wird sich der AfRB mit dem Entwurf der Stellungnahme der Verwaltung befassen, da eventuell noch Zuarbeiten eingehen werden.

Herr Trebschuh stellt im Vorfeld Herrn Kammer vor, der seit dem 01.02.2018 Sachgebietsleiter Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung und somit der Nachfolger von Herrn Neumann ist.

Herr Kammer stellt sich und seinen beruflichen Werdegang kurz vor.

Anhand einer Präsentation, die den Teilnehmern auch zur Verfügung gestellt wird, erläutert Herr Kammer den Zeitablauf zur Beteiligung am LEP HR. Ende der öffentlichen Auslegung ist am 05.04.2018. Am 23.04.2018 findet die Kreistagssitzung statt und am 07.05.2018 ist

Abgabetermin der Stellungnahme bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung. Weiterhin erläutert Herr Kammer den Planentwurf allgemein, macht fachliche Ausführungen und weist kritisch auf festgestellte Mängel hin.

Herr Jansen dankt für die Darstellung der Schwerpunkte und spricht die allgemeine Entwicklungsmöglichkeit von 1 ha/1.000 Einwohner für Gemeinden außerhalb der Zentren an. Dies ist seiner Meinung nach so nicht tragbar und sollte weiter diskutiert werden.

Herr Rex kritisiert, dass es vom Land keine gesicherten Einwohnerprognosen für die einzelnen Regionen gibt. Es stellt sich die Frage, ob der Landkreis mit den derzeit bekannten Ist-Prognosen überhaupt arbeiten darf, oder ob man sich der bisherigen Vorgabe des Landes beugen muss. **Herr Jansen** antwortet, dass die Kommunen eine eigene Stellungnahme abgeben und ihre Zahlen dabei zugrunde legen können. Es bleibt offen, ob das Land dies anerkennt.

Herr von der Heide bestätigt, dass die Prognosen des Landes erheblich von denen der Kommunen abweichen. Er fragt, ob es auf Landesebene einen Ansatz zur Behebung des Mangels gibt. Aus den Erfahrungen der letzten Pläne, so **Herr Jansen**, wird man davon ausgehen können, dass die Kommunen ganz klar ihre Position vertreten und darlegen. Herr Jansen ist der Meinung, dass die Gemeinsame Landesplanungsabteilung mit Klagen überhäuft wird, falls sie keine Korrektur der Einwohnerzahlen vornimmt. Er bittet um Abstimmung der Kreisstellungnahme mit denen der Kommunen.

Frau Seidel merkt zur Bevölkerungsentwicklung an, dass die Diskussion schon im Zusammenhang mit der Strukturreform geführt wurde. Im Vergleich zum 1. Entwurf des LEP HR sind daher die Prognosen im 2. Entwurf ohne Kommentierung nicht mehr enthalten. Sie wurden ersatzlos gestrichen, doch die Handlungsansätze sind beibehalten worden. Insofern ist zu kritisieren, dass es eine Entwicklungsplanung für 10 Jahre ist, ohne dass belastbare, vorausschauende Prognosen für die Bevölkerung mitgeliefert werden.

Frau Wehlan ergänzt, dass auch der Landkreis betroffen ist, da im Zusammenhang mit den Haushalten die Einwohner-Ist-Werte von 2016 zugrunde liegen, was sich über die Schlüsselzuweisung und investive Schlüsselzuweisung vermittelt.

Am 19.04.2018 tagt die Regionale Planungsversammlung, die auch zur Stellungnahme aufgefordert ist und den Sachverhalt genauso kritisch anmerkt. Frau Wehlan spricht weitere Konfliktpunkte an, die u. a. die Grundzentren betreffen. Auch äußert sie sich positiv zum zukünftigen Mittelzentrum Blankenfelde-Mahlow. Im Partner-Landkreis Dahme-Spreewald ist auch Luckau als Mittelzentrum fixiert worden. Für die Entwicklung des strukturschwachen ländlichen Raumes ist zu überlegen, für das Mittelzentrum Luckau eine Funktionsteilung mit Dahme/M. in Diskussion zu bringen.

Herr Jansen macht auf drei größere Verfahren der Rohstoffgewinnung in Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal aufmerksam, die beantragt sind. Er ist der Meinung, dass dazu ein Raumordnungsverfahren durchgeführt werden sollte.

Herr Trebschuh weist auf den Aspekt hin, dass vieles den Regionalen Planungsgemeinschaften angelastet wird. Der Kreis möchte die Flughafenumfeldregion ausbauen, ist aber getrennt durch die Planungsgemeinschaften. Wie soll da ein vernünftiges, koordiniertes System geschaffen werden. Hier fehlt, wie schon durch Herrn Kammer erwähnt, bei den Verkehrsachsen die Trennung zwischen Fern- und Nahverkehr, was Herr Trebschuh an einem Beispiel erläutert.

TOP 10

Aktuelle Bodenrichtwerte für den Landkreis Teltow-Fläming - Bericht aus dem Gutachterausschuss

Frau Thätner informiert, dass der Gutachterausschuss Teltow-Fläming am 07.02.2018 mit dem Stichtag 31.12.2017 ungefähr 400 Bodenrichtwerte beschlossen hat. Sie erklärt, wie sich der Gutachterausschuss zusammensetzt und dass die Daten in der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses (in der automatisierten Kaufpreissammlung) gesammelt werden. Für das Jahr 2017 sind in diese Datenbank ca. 2.800 notariell abgeschlossene Kaufverträge für Grund und Boden eingeflossen. Diese Kaufpreissammlung wird seit 1992 geführt. Anhand einer Präsentation (auch diese wird den Teilnehmern zur Verfügung gestellt) erläutert Frau Thätner den Zuwachs von über 40 % im Vergleich zu den durchschnittlichen Bodenrichtwerten aus dem Jahre 2016 im Berliner Umland, Potsdam eingeschlossen. Der Durchschnittspreis betrug im Dezember 2017 185 €/m². Auch wenn ein Nord-Süd-Gefälle existiert, ist doch im weiteren Metropolenraum ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen. Und auch hat der zu erwartende Fluglärm durch die näherrückende Eröffnung des BER keine Auswirkungen auf das Baugeschehen und die Grundstückspreise. Eine Flächenverknappung ist festzustellen. Die neuen aktuellen Bodenrichtwerte sind in den GIS-Portalen (BORIS-Bodenrichtwertinformationssystem und Brandenburg-Viewer) eingestellt. Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses steht für weitere Beratungen gern zur Verfügung. Des Weiteren wird bis Mitte Mai der Grundstücksmarktbericht Teltow-Fläming fertiggestellt sein.

Herr Jansen dankt für die Ausführungen. Nach seiner Auffassung ist die künstliche Verknappung von Bauflächen ungesund und die Preissteigerung wird sich somit fortsetzen.

TOP 11

Information zu kreislichen Baumaßnahmen - aktueller Stand

Zum aktuellen Stand der kreislichen Baumaßnahmen informiert Frau Leistner zuerst über die Maßnahmen, die der Kreisausschuss (Vergabeausschuss) beschlossen hat. Der Landkreis hat die Priorität insbesondere auf Schulen gerichtet. Frau Leistner nennt die in der Planung und/oder Baudurchführung stehenden Maßnahmen und informiert in dem Zusammenhang auch über Fördermittelbeantragungen und -bewilligungen. Die Zusammenstellung der Maßnahmen wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Jansen erkundigt sich, wann die Kreisstraße zwischen Dobbrikow und Nettgendorf, auf der die Geschwindigkeit zum Teil bis auf 30 km/h herabgestuft wurde, wieder hergestellt wird, um sie normal zu befahren. Da die Straße teilweise auf dem Damm liegt, so **Frau Leistner**, ist die Straße eingeeengt und aus diesem Grunde wurde die Geschwindigkeit herabgesetzt. Die Ertüchtigung der Straße muss langfristig vorbereitet werden, in der mittelfristigen Planung ist sie nicht vorgesehen.

TOP 12

Verschiedenes

Herr von der Heide fragt nach, ob die Machbarkeitsstudie MEKS den Ausschussmitgliedern auch zur Kenntnis gegeben wird.

Herr Jansen hat mit Herrn Mann von der Stadtverwaltung Luckenwalde vereinbart, dass diese Studie in einer der nächsten AfRB-Sitzungen vorgestellt wird. Nach Information von **Herrn Trebschuh** wird zu diesem Thema das Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg im nächsten Ausschuss für Wirtschaft berichten.

Herr von der Heide regt aufgrund des gemeinsamen Tagesordnungspunktes eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Regionalentwicklung und Bauplanung und für Wirtschaft an. **Herr Rex** bittet darum, diese Sitzung in einer der betroffenen Gemeinden durchzuführen, sofern Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Herr Jansen beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten und unfallfreien Nachhauseweg.

Luckenwalde, den 20. März 2018

Jansen
Vorsitzender

Schulz
Schriftführerin